

## TÜ ÄA 96 KV Mannheim, Überarbeitung Einleitung

Liebe Wählerinnen und Wähler,

alle Menschen, die in Baden-Württemberg leben, lernen und arbeiten, sollen in gleichem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das ist das Ziel linker Politik und diese fehlt im Stuttgarter Landtag. DIE LINKE Baden-Württemberg ist im Deutschen Bundestag mit sechs Abgeordneten vertreten und in vielen Gemeinderäten und Kreistagen im Südwesten aktiv. Bei dieser Landtagswahl wollen wir nun den Sprung in den Landtag schaffen und dort die politischen Gewichte nach **zu** links verschieben.

Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas offenbart, was schon vorher falsch gelaufen ist: die Schere zwischen Arm und Reich klafft weiter auseinander, zehntausende Beschäftigte werden auf Kurzarbeit gesetzt oder ihnen wurde gekündigt und sie sind arbeitslos. ~~Wir fordern deswegen Kurzarbeit statt Entlassung.~~ (Satz gestrichen)

Verlierer\*innen in der Krise sind kleine Gewerbetreibende, Familien und hier speziell Alleinerziehende, Studierende, Kulturschaffende und Menschen mit wenig Einkommen. Gewonnen an der Krise haben hingegen Konzerne wie Amazon. Sie bekommen mit Landesförderung und Steuersparmodellen den roten Teppich in neue Geschäftsbereiche ausgerollt. Gewonnen haben auch Aktienbesitzende, die sich trotz Wirtschaftsflaute hohe Dividenden auszahlen lassen.

Die Klimakrise stellt uns für enorme Herausforderungen. Nur wenige Jahre bleiben noch, um das Pariser Klimaschutzziel von 1,5°C einzuhalten. Statt die Krise der Autoindustrie für eine ökologische Verkehrs- und Energiewende zu nutzen, hält die grün-schwarze Landesregierung weiter an der Subventionierung des Verbrennungsmotors fest. Sie unterstützt Waffengeschäfte zudem ausbeuterische Lieferketten, klimaschädliche Produkte. Wir sagen: Industrie und Wirtschaft müssen den Menschen dienen, nicht den maximal möglichen Profiten. Unverkäufliche Autos stehen zu zig-Tausenden auf Halde während moderne Züge fehlen. Die Zukunft in Baden-Württemberg hängt weder am Diesel noch **allein** am Elektroauto, sondern am Ausbau des öffentlichen Verkehrs und an umweltfreundlichen Produkten. Wir haben nur noch wenige Jahre, um die Klimakrise abzuwehren. Es muss jetzt gehandelt werden!

Nutzen wir also die Erfahrungen aus der Corona-Krise, um uns als Land **ökologischer und sozial gerechter** aufzustellen - oder bleibt alles beim **Alten**? Viele Menschen haben während dem Lockdown solidarisch zusammengestanden und es gab eine breite Diskussion, was wirklich wichtig ist und welche Arbeiten eine Gesellschaft am meisten braucht. Doch während die Regierenden sich aufs Applaudieren beschränkten, blieben die Pflegekräfte, Erzieher\*innen, Busfahrerinnen und Kassiererinnen weiterhin schlecht bezahlt.

Corona hat die soziale Ungleichheit verschärft. Als LINKE haben wir uns für einen sozialen und solidarischen Weg aus der Krise stark gemacht. Wir haben Druck in den Städten und Gemeinden gemacht, um soziale Hilfen für die Menschen schnell auf den Weg zu bringen. Diesen Weg wollen wir auch im Land beschreiten.

Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das niemanden zurücklässt. Dafür arbeiten wir mit sozialen Verbänden, mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Bündnissen zusammen. Wir sind vor Ort im Austausch mit den Betroffenen und kennen ihre Lebenswirklichkeit. Das werden wir in den Landtag tragen und dort Sprachrohr für den sozial-ökologischen **Widerstand** und Wandel sein. Mehr noch, wir werden soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Mitbestimmung im Landtag in konkreten Gesetzesinitiativen umsetzen. **Vor allem wollen** wir für Frauen, die im Durchschnitt 25 % niedrigere Einkommen haben als Männer, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit durchsetzen.

Die grün-schwarze Landesregierung macht Politik für **Besserverdienende**, versagt aber völlig bei Menschen in den unteren Einkommensschichten. Fehlanzeige beim sozialen Wohnungsbau und es fehlt der ticketfreie Weg zu Schule, Ausbildung und Studium. Es gibt keine gebührenfreien Kitas und das Land bildet seit Jahren zu wenig Erzieher\*innen und Lehrer\*innen aus. Gespart wird wieder am falschen Ende: im Gesundheitswesen, bei Krankenhäusern, Schulen und Kitas, beim öffentlichen Verkehr.

Diese Landesregierung hat an den Menschen vorbei regiert. Deshalb braucht es neuen Wind von links im Landtag. Wir werden Rassisten die Stirn bieten und für eine humane Geflüchtetenpolitik im Land eintreten. Wir stehen für eine Umverteilung von oben nach unten und werden an der Seite der Gewerkschaften und der abhängig Beschäftigten, die von Entlassung bedroht sind, um den Erhalt der Arbeitsplätze kämpfen. Wir scheuen keinen Konflikt mit Superreichen und Konzerninteressen und fordern eine Millionärssteuer und eine Sonderabgabe für Milliardäre. Damit wollen wir die Kommunen finanziell bei der Krisenbewältigung unterstützen.

Dafür bitten wir um Euer Vertrauen und Eure Stimmen!